

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzuordnen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 6 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Dorothea-Verlag GmbH, Berlin SW 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Schiedspruch für die Schuhindustrie.

Fünf Pfennige Lohnzulage ab 20. Dezember.

Die Einigungsverhandlungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium für die Schuhindustrie begannen, zogen sich bis heute in die Mittagsstunde hinaus. Die Unternehmer hatten zunächst bekanntlich nicht nur jede Lohnhöhung, sondern überhaupt jede Verhandlung über eine Lohnhöhung abgelehnt. Es war darüber zu Einzelkämpfen gekommen und schließlich zur Androhung der Generalaussetzung, die am 8. Januar beginnen sollte. Das vom Reichsarbeitsministerium eingesezte Schiedsgericht hatte einen Schiedsspruch gefällt, der eine allgemeine Lohnhöhung von 6 Pf. gültig bis zum 30. Juli, vorsah. Trotzdem hatten die Unternehmer ihren Aussetzungsbefehl gefaßt. Der Reichsarbeitsminister hat es nicht gewagt, gegen den Willen der Unternehmer den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

In den neuen Verhandlungen haben die Unternehmer sich schließlich bereit erklärt, eine Lohnhöhung von 3 Pf. zu gewähren, aber unter der Voraussetzung, daß die Arbeitergruppen davon ausgenommen würden, die im Afford mehr als den Tariflohn verdienen. In den langwierigen Verhandlungen mühten schließlich die Unternehmer eins zurückzutreten. Der erste Schiedsspruch hatte die am 1. April einzutretende Erhöhung der Mieten vorweggenommen, der zweite Schiedsspruch, der heute gefällt wurde, läßt die Erhöhung der Mieten insofern außer Betracht, als der Schiedsspruch nur bis 31. März befristet ist. Da man im ersten Schiedsspruch die Belastung durch die Mietsteigerung auf 2 Pf. pro Stunde angelegt hatte, wurde also ein Abstrich tatsächlich von einem Pfennig

gemacht. Die Lohnhöhung beträgt nach dem heute gefällten Schiedsspruch nur 5 Pf. die Stunde. Die Unternehmer haben durch die Drohung mit der Generalaussetzung einen, wenn auch nur kleinen Erfolg gehabt. Der Schiedsspruch ist gültig vom 20. Dezember ab, hat also rückwirkende Kraft. Der Beirat des Zentralverbandes der Schuhmacher wird zu dem Schiedsspruch heute Stellung nehmen.

Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Vor großen Kämpfen.

Frankfurt a. M., 31. Dezember. (Wfb.) Die Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Höchst und Hanau haben den jetzt bestehenden Lohnvertrag für die Metallindustrie sowie sämtliche Lohn- und Rahmenverträge des Kleingewerbes gekündigt. Somit laufen sämtliche Lohnverträge am 31. Januar 1927 ab. Da auch der Fabrikarbeiterverband den Lohnvertrag für die chemische Industrie gekündigt hat, befinden sich die beiden stärksten Industriegruppen im Wirtschaftsbereich Frankfurt a. M. im Januar im Lohnkampf.

Opladen, 31. Dezember. (Wfb.) Der Tarifvertrag für die Metallindustrie im unteren Kreise Solingen ist von den Metallarbeiterverbänden zum 31. Januar 1927 gekündigt worden. Der gekündigte Vertrag sah eine Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden und für die Betriebe der Schwerindustrie eine solche von 52 Stunden vor.

Jahresende, Jahreswende.

Von Hermann Wendel.

Wenn der Silvesterpunsch auf dem Tische dampft, schlägt die große Stunde der Illusionen. Alles, was das ausklingende Jahr ihm versagt hat, erwartet das leicht entzündliche Gemüt fast mit Bewußtheit von den nächsten zwölf Monaten. Und so sitzen sie in dieser Nacht schon zum neuntenmal beisammen, die geschworenen Hasser unserer Republik, die Verteidiger der, mit Heine zu reden, vermoderten „Erbrechtsinteressen“, die Hohenzollernanbeter und Revamprediger, die ehemaligen Generale und alten Korpsstudenten, die Hakenkreuzler und Wehrverbändler, und das Herz schwillt ihnen in der Hoffnungs- daß 1927 endlich fringen wird, was nicht Kapp-Putsch, nicht Erbergers und Rathenaus Weichung, nicht Ruhrkrieg und nicht Hindenburg-Wahl zu bringen vermochten: die Wiedererrichtung des früheren Privilegienstaates jenes Preußens, in dem von 12 Oberpräsidenten 10, von 36 Regierungspräsidenten 20 und von 497 Landräuten 276 blauen Blutes waren, und jenes Deutschlands, in dem dieses verjunkerle Preußen Trumpf blieb. Ja, sie wimmeln noch immer zu Haus herum, die Ewiggestrigen und Bornorgestrigen, in deren Kopf es nicht hinein will, daß der Familienverband der Rädererz und Jhenpfliz keinen maßgebenden politischen Einfluß mehr ausübt, daß die deutsche Menschheit nicht mehr in die „Herren Offiziere“ und die „Kerls“ zerfällt und daß gründliche politische und soziale Durchbildung eher zu einem Landratsposten befähigt als die Zugehörigkeit zum „blauen Kreis“ des „hohen Köfener SC“.

Wenn der Alkohol sie heute auf den Gipfel trägt, von dem sie das monarchistisch-militaristisch-reaktionäre Kanaan dicht vor ihren Füßen zu erblicken wähnen, sind sie nicht einmal zu hundert Prozent Schwärmer ins Blaue hinein. Daß das alte Deutschland im neuen Deutschland keine starken Bastionen hat, jeder einzelne Tag auch des abgelaufenen Jahres zeige es. In jeder Verwaltung, auch in den republikanischen Ministerien, sitzen an entscheidender Stelle die Geheimräte, die sich immer noch als treue Diener ihres ausgerückten kaiserlichen Herrn betrachten. Das Reichsinnenministerium hat uns mit dem Schund- und Schmutzgesetze ein Scheusal beschert, wie es dümmel und dumfoher auch das Parlament der Arterienverkalkung, das Preussische Herrenhaus unseligen Andenkens, nicht hätte ausdenken können. Proft Küja! Das Reichspostministerium hat, stur und stumpf gegen alle Einwände, der Republik mit der Fredericusmarke ein Angebinde gemacht. Proft Stingl! Und dann die Justiz mit ihrem Samthandschuh gegen die Putschisten von rechts und ihrer Eisenfaust gegen die Unzufriedenen von links! Seit der letzten Entscheidung des Berliner Landgerichts gibt es ein Neues in der Welt: den Staatsstreicher mit Pensionsberechtigung. Denn wenn wieder einmal ein Ehrhardt an den Iden des Märzens putscht wieder einmal Herr Ludendorff früh um sechs am Brandenburger Tor spazieren geht, wieder einmal in der Reichskasse ein Kapp nach seinem treudeutsch-magyarisch-britisch-österreichisch-antifemistischem Herrn Schnitzer alias Trebitsch-Lincoln ruft, dann werden die Heiden lobebaren wissen, daß ihnen nicht nur kein Haar gekrümmt, sondern von der großmütigen Republik auch die Pension auf Heller und Pfennig nachbezahlt wird. Fröhlich stehen sie darum am schwarzeihroten Silvester an: Proft Landgericht, Kammergericht, Reichsgericht! Und erst die Reichswehr, monarchistisch gefärbt in der Wofse, mit allen republikfeindlichen Verbänden unter einer Decke, mit einem Offizierkorps, das seit 1914 nichts gelernt und nichts vergessen hat! Sürmisch läuten Putschläufer und Sektische aneinander: Proft Gehler! Ein Proft, ein Proft der demokratischen Gemütslichkeit! Und während nebenan „völkische“ Thesenreden neckisch Blei gießen, träumt das Mannsvolk von dem Blei, das die Republik ins Herz treffen soll, und da die Uhr zwölf schlägt, schnarrt eine Etappenkommandostimme: „Ach — auf daß es 1927 klappe! Auf den Tag!“

Wögen die Illusionisten von links, die Kommunisten, mit ähnlichen Hochgefühlen 1927 als das Jahr begrüßen, das die in Moskau so oft angelegte Weltrevolution von Tibet bis USA nun wirklich bringt, so hoch eine andere Spielart von Zeitgenossen verdrossen vor ihrem billigen Glühwein. Es sind die geborenen Kleinbürger, die von 1927 nichts erwarten, weil 1926 sie, wie alle vorangegangenen Jahre, betrogen hat. Für sie ist es immer daselbe, was auch kommen mag. Monarchie oder Republik — Steuern werden hier gezahlt und da, die Geschäfte gehen flau, schlecht Wetter ist auch, zu Silvester reanet es schon wieder! Was Fortschritt! Was Entwicklung! Der geruchsame Trost des Ewiggleichbleibens ist das einzig Wirkliche im Wechsel der Jahre. Und nach einem grämlichen Blick in die Neujahrsnacht schläft das seinen Fensterladen zu, kriecht drummelnd unter Federbett und mummelt sich in die Schopenhauer'sche Rippenmühenweisheit, daß sich nie der Weltgeschichte Inhalt, sondern nur die Namen, nur die Jahreszahlen ändern. 1927 für 1926? Na, wenn schon!

Gleich weit von jenen Illusionisten wie von diesen Pessimisten stehen wir. Zwar wissen wir nur zu genau, daß es auch in des neuen Jahres ersten Stunden für viele nichts zu laßen gibt. Mit allerhand kullustischen Genüssen wartet wohl diese Nacht auf: ein Silvesteressen in den Hotels Eplanade und Kaiserhof 30, in Bristol und Eden 35, im Adlon 40 M., Wein befonders, aber nicht für jeden Empfänger von Erwerblosenunterstützung ist diese Tafel gedeckt, und sogar die in Lohn und Brot stehenden müssen sich hier zumeist den Mund wischen.

Havas dementiert endlich.

Die Wahrheit über den Mainzer Zwischenfall halbwegs zugegeben. Paris, 31. Dezember. Die Agentur Havas dementiert indirekt die von ihr verbreitete Nachricht, zwei französische Soldaten seien in der Nacht zum 25. Dezember von sieben Deutschen angegriffen worden. Sie will aber nicht bestätigen können, daß diese beiden Soldaten gestern wegen ihrer Haltung, d. h. wegen der Händel, die sie mit Deutschen gehabt hätten, verhaftet worden seien.

Sie stellt den Fall in einem aus Mainz datierten Telegramm wie folgt dar: Die beiden Soldaten sind sofort nach ihrem Eintreffen in der Kaserne um 2 Uhr morgens in Arrest gefaßt worden. Ein Untersuchungsverfahren vor dem Kriegsgericht ist gegen die beiden bisher nicht eingeleitet worden. Daher sind sie auch nicht verhaftet worden. Sie werden nur wegen militärischer Vergehen streng bestraft, und zwar 1. wegen Fehlgens beim Ritternachtsappell am 24. Dezember und 2. wegen Verlusts einer Dienstmütze und eines Revolvers.

Besprechung zur Verhütung weiterer Zwischenfälle.

Amslich wird gemeldet: Unschlüssig der durch das Urteil des Landauer Kriegsgerichts im besetzten Gebiet entstandenen Beunruhigung ist im Auftrage des Reichsministers für die besetzten Gebiete Dr. Bell der Reichskommissar Freiherr Langwerth v. Simmern mit der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz in Besprechungen darüber eingetreten, in welcher Weise wirksame Maßnahmen zur Verhütung weiterer schwerer Zwischenfälle getroffen werden können.

Aufstellung der Senatskandidaten.

Millerand fällt beim Nationalen Block durch.

Paris, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund einer unter den verschiedenen Parteien angehörenden, Senatsdelegierten vorgenommenen Abstimmung, bei der neun Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht haben, hat die Verteilung des Nationalen Blocks beschlossene, bei den Senatswahlen eine Liste der sogenannten „nationalen Einheit“ von neun Mitgliedern aufzustellen und den Wählern freizustellen, einen zehnten Namen nach Goutdünten einzutragen, da zehn Senatoren zu wählen sind.

Millerand, der die absolute Mehrheit nicht erreicht hat, wird auf dieser Liste nicht erscheinen. Man fragt sich in hiesigen politischen Kreisen, was unter diesen Umständen der frühere Präsident der französischen Republik zu tun gedenkt, und ob er tatsächlich, wie er gestern einem Berichterstatter des „Antirépublicain“ erklärt hat, allein in den Wahlkampf gehen wird.

Mexiko weicht vor Amerika nicht zurück.

Die Landgesetze bleiben in Kraft.

Paris, 31. Dezember. (Wfb.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Mexiko hat Präsident Calles die amerikanischen Delimitationen nochmals in Kenntnis gesetzt, daß die neuen mexikanischen Gesetze am Sonnabend in Kraft treten.

New York, 31. Dezember. (Wfb.) Der Verband der amerikanischen Delimitanten in Mexiko hielt eine Versammlung ab, um zu der Ablehnung des mexikanischen Präsidenten Calles, das Inkrafttreten der Gesetze hinauszuschieben, Stellung zu nehmen. Die Versammlung verlegte sich jedoch, ohne Beschlüsse zu fassen.

Es wird angedeutet, daß das weitere Vorgehen von den aus Mexiko eintreffenden Nachrichten abhängig gemacht werden würde. Möglicherweise würden einige Gesellschaften ihre Rechte nach dem Inkrafttreten der Gesetze verfallen lassen, um dann mit Hilfe des amerikanischen Staatsdepartements vorzugehen.

Rückzug aus Nicaragua.

Coolidge ordnet angeblich den Abzug der amerikanischen Truppen an.

Paris, 31. Dezember. (E.P.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Coolidge habe gestern dem Staatsdepartement die Beobachtung strengster Neutralität in Nicaragua anempfohlen. Daraufhin habe das Staatsdepartement gestern



Zu Amerikas Eingriff in Nicaragua.

abend die Zurückziehung der amerikanischen Marinetruppen aus den besetzten Gebieten Nicaraguas angeordnet, mit Ausnahme einiger weniger Punkte, wo schwache Abteilungen zum Schutze des bedeutenden amerikanischen Besitzes zurückgelassen werden.

Die Militärzensur aufgehoben.

New York, 31. Dezember. (Wfb.) Der amerikanische Admiral Bahmer hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß die gesamte Zensur über die Radiostationen in der neutralen Zone von Nicaragua aufgehoben worden sei. Der Zweck der Zensur sei gewesen, die Neutralität in der Zone durch die Verhinderung der Uebermittlung von militärischen Befehlen und Meldungen seitens beider Parteien aufrechtzuerhalten. (1) Das Staatsdepartement hatte schon früher erklärt, daß es keine Kenntnis von der Zensur habe.

Die Memelausweisungen aufgeschoben.

Bis zum Abschluß einer Untersuchung.

Wemel, 31. Dezember. (Wfb.) Wie aus Rowno zuverlässig berichtet wird, sind die Ausweisungen der drei reichsdeutschen Redakteure vorläufig ausgesetzt worden, bis die eingeleitete Untersuchung beendet ist. Man erwartet, daß dies in zehn Tagen der Fall sein wird. Die Kommandanten in Wemel und Heydetrug sowie der Gouverneur des Memelgebietes sind von der vorläufigen Aussetzung in Kenntnis gesetzt worden.

Auch der innerpolitische Himmel ist dank dieser verquälten und verkrochten Kräfte, die einer verschleppten Grippe gleich, nicht mit rosenfarbenen Lämmerwölken besetzt, und wie in das internationale Veröhnungswerk, das von Locarno über Genf und Thoiry führte, jederzeit eine nationalistische Handgrane steigen kann, hat das Urteil von Landau kläglich ermiesen. Gleichwohl, wenn wir den 31. Dezember nicht wie einen beliebigen anderen Tag des gregorianischen Kalenders, sondern als einen Punkt der Rückkehr und des Ausblicks nehmen, drängt sich uns das alte Trost- und Jubelwort auf: *! puor si move!* Und sie bewegt sich doch, die alte Welt! So manches ward in den letzten zwölf Monaten in unseren Scheuern geborgen, was wir in den Anheilsjahren vormdem nie so bald zu hoffen gewagt hätten. Trotz aller Umtriebe derer, die *hr* zu gern ans Leder möchten, stand die Republik 1923 fester als 1925 und 1925 fester als 1924, und in das Jahr, das Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit allem Drum und Dran erlebte, fiel auch ein gut Stück Abbau des Hassgeistes von Versailles.

Aber mehr als das Erreichte stimmt uns die Gewißheit zuversichtlich, daß die Sozialdemokratie nicht eine Partei unter den Parteien ist und daß uns nicht allein das Mitgliedsbuch verbindet. Manche radikale Kaffeehausliteraten, auf individualistische Schnurrpfeifereien verfaßten, lähmen die marxistische Weltanschauung, weil sie als Passivitätslehre die Hände in den Schoß legen und auf das von selbst kommende große Wunder warten lasse. In Wahrheit ist die sozialistische Auffassung vom Gang der Dinge eine Aktivitätslehre scharfster Spannung, denn nichts befähigt mehr das Wollen der Menschen, als das Gefühl, daß die Entwicklung sie trägt, daß „der Geschichte, ehernes Ruch“ hinter ihnen steht, daß der Weltwille sie zu seinen Vollstreckern erkoren hat. Wen diese Erkenntnis durchdringt, für den gibt es keine Niederlagen, sondern nur Siege, kein Zurück und kein Halt, sondern nur ein Vorwärts. Manche Ungebildigen freilich mag es, und manchmal nicht zu unrecht, bedünken, als fehle unserer Galtore zuweilen der Wind in den Segeln. In einer seiner erschütternden Seegeschichten schildert der große englische Erzähler Joseph Conrad, der jetzt, nach seinem Tode, endlich auch in Deutschland bekannt zu werden beginnt, nichts weiter als ein Schiff, das wegen lähmender Windstille einem fieberverseuchten tropischen Hafen nicht zu entrichten vermag, und Entmutigung zermüht die Mannschaft und die böse Krankheit befällt einen nach dem anderen. In solcher Klauke schien auch die deutsche Sozialdemokratie zu liegen, als sie unentschieden zwischen Koalition und Opposition lauierte. Mit Scheidemanns Rede hob eine steife Brise zu wehen an. Daß das neue Jahr uns einen frischen Wind bringe und aufs offene Meer hinaustreibe, ist unser einziger Silvesterwunsch. Und er gilt nicht der Partei allein, vielmehr:

Gut Wind und gut Geschick
der deutschen Republik.

Neujahrserlasse an die deutsche Wehrmacht. Betonung der Verfassungstreue.

An die Wehrmacht sind zum Neujahrstage folgende Erlasse ergangen:

An die Wehrmacht! Der deutschen Wehrmacht spreche ich darum meine herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel aus. Ich weiß, daß sie wie bisher auch künftig in selbstloser, treuer Arbeit ihre Schuldigkeit tun wird.

Der Reichspräsident v. Hindenburg.

Im neuen Jahr mit neuer Kraft, das alte Ziel glückselig.

Der Reichswehrminister Dr. Gessler.

An die Reichswehr! Kameraden! Ein ernstes Jahr liegt hinter uns. Unbeteiligt durch alles Schwere hat das in Behorjam,

Manneszucht und treuer Kameradschaft selbigeinte Reichswehr auch in diesem Jahre aufrecht, still und selbstlos seine Pflicht getan. Dafür sage ich jedem Angehörigen Dank und Anerkennung. Anserem der Reichswehrverfassung geleisteten Eide unerschütterlich treu, dem ganzen deutschen Volke gehörend, keiner Partei dienend, so treten wir mit blankem Ehrenschild als scharfes, zuverlässiges Instrument des Staates in das neue Jahr. Ich habe die sichere Zuversicht, daß das deutsche Volk in allen seinen Teilen mehr und mehr erkennen wird, daß die Befehlszüge unseres Reichsheeres wie bisher so auch in Zukunft treue, unbeirrbar pflichterfüllte und selbstlose Hingabe an den Dienst für Volk und Vaterland sind. Was wir dazu tun können, wollen wir tun. Bohlan dann, Kameraden, furchtlos und treu voran, mit Gott im festen Glauben an Deutschlands Zukunft.

Hene, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

An die Reichsmarine! Mit meiner dankbaren Anerkennung für die treue Arbeit daheim und Uebersee verbinde ich meine herzlichsten Neujahrswünsche für die Reichsmarine. Unbeteiligt durch die Kämpfe der Parteien, werden wir auch im kommenden Jahre nur dem Vaterlande dienen und uns allzeit zu dem Fahren-eide bekennen, den wir auf die Verfassung des Deutschen Reiches geschworen und bisher unerschütterlich gehalten haben. Uns deutschen Soldaten gilt jetzt und immerdar nur eine Losung: für Volk und Reich, Zentner, Admiral und Chef der Marineleitung.

Das doppelte Bekenntnis zur Verfassungstreue ist zweifellos nicht von ungefähr. Er hat gerade in der Gegenwart einen bestimmten Sinn und Zweck. Wir dürfen es nicht ohne Genehmigung registrieren.

Pleite.

Rahenjammer der Vaterländischen noch vor Silvester.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der „Vaterländischen Verbände“, veröffentlicht eine Jahresbilanz der vaterländischen Bewegung, festgesetzt von dem Generalmajor a. D. Graf v. d. Golz. Der Abschluß der Bilanz ist mit einem Worte zu kennzeichnen: Pleite.

Wer aber ist schuld? Die Juden! v. d. Golz schreibt: „Das Jahr 1926 war für die vaterländische Bewegung kein gutes. Man muß es zugeben, unsere Feinde vertrieben ihr Geschäft und ihre Zeit. Sie machen mit Geld alles. In nationalen Kreisen verbreitete Zeitungen und Zeitschriften werden bezahlt und verbreiten die internationale und pazifistische Politik ihrer Geldgeber in geschickter Weise und zerlegen so ganz allmählich die nationale Bestimmung. Gut aufgemachte und dialektisch geschickte Broschüren werden umsonst in Rechtstreue verschickt, um daselbst national zerlegendes Ziel zu erreichen. Führer der nationalen Bewegung wiederholen plötzlich die Lügenpropaganda, die zum eisernen Bestand der Judenpresse gehört und niemand weiß, woher diese Beeinflussung kommt. Weit schlimmer ist, daß an einem anderen Führer viele Anhänger festhalten, obwohl ihm Vertrauensbruch, talmudische Auslegung eines Ehrenwortes, Beschimpfen aller anderen vaterländischen Verbände, Kofettieren mit dem Reichsbanner und eine franzosenfreundliche, pazifistische Politik nachgewiesen wird, die den vollen Beifall aller äußeren und inneren Feinde findet. Zur Verschleierung der eigenen Lage wirft er den Kreisen, die sich finanziell schwer halten können, Bestechung durch die Blutzentrale vor. Auch sonst fehlt öfter zielfähige, kraftvolle Führung. Unsere Feinde sind bemüht, in unsere Kreise, die gegen die Korruption unserer Zeit idealistisch ankämpfen, dieselbe Korruption hineinzutragen und unsere völkisch-nationalistische Erneuerungsbewegung von innen zu zerlegen. Wahrscheinlich, der ein kleines Vermögen darstellende Nobelpreis erscheint als eine viel zu geringe Belohnung für die moralische Abrüstung der Freiheit liebenden völkischen Jugend und wir können uns nur wundern, daß auch die reaktionären staatlichen Unterdrückungsversuche der großdeutschen Studentebewegung nicht dieselbe Anerkennung des Auslandes gefunden haben.“

Alle sind tief gerührt. Der Punsch plätschert in die Gläser. Die Uhr läßt sich zu zwölf Schlägen herbei.

Onkel toastet: „Auf die treudeutsche Zukunft, die uns das Blei prophezeit hat!“

Alle sagen überzeugt: „Proßt Neujahr!“

Die Donkosaken, zurückgekehrt von ihrer Australienreise, zeigten in der Philharmonie bei gut beleuchtetem Hause ihr Können. Es ist immer daselbe. Naturstimmen von ungezügelter roher Kraft, im Fortissimo fast schmerzhaft für den Zuhörer. Wäse von wunderbarer Fülle und Tiefe. Unerreicht zarte russisch-südlische Tendenz. Das Programm zum Teil bereits vielfach gebracht mit einigen neuen Liedern. Wenige Verden des russischen Volksliedes, wie *Ch-lyshnen* und *Stenja Rasin* oder das *Wiegensied Gret Schanowski*. In der Hauptrolle Schläger, auf äußerer Effekt bedacht, berechnet für russlandfreundliches Publikum. Zum Kenner des russischen Volksliedes sprechen sie wenig. Man empfängt überhaupt den Eindruck, daß der Donkosatenchor auf einem toten Punkt angelangt ist. Es wird da nicht gearbeitet, die Stimmen sind so unkulturlos wie früher, die Diktion ebenso schlecht. Man versteht kein Wort. Schade. Dieser Chor wird sich bald auflösen haben. Vergleiche man ihn mit dem ehemaligen russischen Chor des Archangelski, der vielleicht das Höchste an russischer Gesangschönheit bedeutete und kein Stillestehen konnte, so ist es einem um das schöne Stimmaterial leid, das hier zum Teil ungenützt brach liegt. Ob das an dem Dirigenten Jaroff liegt der vielleicht die Grenze seines Könnens erreicht hat, oder an einer anderen Ursache, bleibe dahingestellt. Und trotz alledem: man bedauere nicht, wieder einmal dagewesen zu sein. Schon um der wenigen, eindrucksvollen vorgetragenen Volkslieder. Man bedauere nur, daß die Preise im Gegensatz zu früher für den Mann aus dem Volke unerschwinglich sind. Es wäre zu wünschen, daß der Chor gelegentlich in einem Arbeiterviertel zu vollständigen Preisen sein Können zeigen würde.

Ein internationales Museumsamt. Der internationale Völkerbundauschuss für geistige Zusammenarbeit ist im Begriff, in Genf ein internationales Museumsamt ins Leben zu rufen. Das Amt soll versuchen, eine wechselseitige Unterstützung der Museen der Welt einzuleiten. Das Amt sollte schon im letzten Frühjahr begründet werden. Es ging damals ein Rundschreiben an die großen öffentlichen Kunstsammlungen aller Länder; der Ausschuss für geistige Zusammenarbeit erhielt daraufhin von so gut wie allen großen Museen zustimmende Bescheide. Nun hat ein Unteranschuss die verschiedenen Denkschriften, die von Museumsleuten der großen Kulturstaaten eingegangen waren, zu einem Arbeitsplan für das internationale Museumsamt verwertet. Eine Entschließung dieses Unteranschlusses erklärt, es sei jetzt an der Zeit, das Museumsamt zu begründen. Seine Aufgaben sollen folgende sein: die Museen, sowohl diejenigen auf nationaler wie auf internationaler Basis, sollen in einem Handbuch aller Museen der Welt vereinigt werden, um eine gegenseitige Kenntnis und Beziehungen zu ermöglichen. Das Amt soll ferner Stiftungen und Leihgaben von Einzelpersonen an öffentliche Kunstsammlungen anregen. Dann soll für Graphiken Laufsch angelegt und der Verkauf von graphischen Blättern er-

Dies Gefäß eines kleinen Hegers zeigt den ganzen Tiefstand der sogenannten „vaterländischen“ Bewegung. Die geistige Vertiefung besteht in dem einen Satz: alles von den Juden gekauft. Mahraun gekauft, Stresemann gekauft.

Die Herrschaften sind nicht nur organisatorisch, sondern auch geistig pleite.

Bayerischer Bierkrieg.

Aufforderung zum Bierboikott. — Einheitfront gegen die Brauer.

Der Bayerische Brauerbund will den Bierpreis um 6 Pfg. für das Liter erhöhen. Dagegen rebelliert ganz Bayern — Volksbewegung gegen die Bierpreiserhöhung.

Der Bezirk Bayern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten gegen die vom Brauerbund beschlossene Erhöhung des Bierpreises Stellung genommen und ein Einschreiten der Regierung verlangt. In dem Schreiben heißt es u. a., unter den obwaltenden Wirtschaftsverhältnissen wäre eine derartige Preissteigerung eine verantwortungslose Tat, die sicher vom Großdeutschen Volke verurteilt wird. Durch eine solche Preissteigerung würde die ungenügende Lebenslage des schaffenden Volkes erneut verschlechtert. Die Empörung der Arbeiterschaft über diesen Plan sei daher verständlich und die Regierung werde ersucht, alles zu unternehmen, was geeignet sei, diese Preissteigerung zu verhindern.

Gleichzeitig fordert der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausführer München, und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in einem Aufruf die Gewerkschaftsmitglieder auf, kein Bier zu den erhöhten Preisen zu trinken.

Der Brauerbund verteidigt die Bierpreiserhöhung in Zuschriften an die Presse, hat jedoch damit kein Glück. Voll Jörn zerstückt der „Bayerische Kurier“ diese Zuschriften, er läßt keinen guten Rest daran. Die Erbitterung ist so groß, daß er sogar gegen das Hofbräuhaus losstößt! Höhnisch schreibt er schließlich:

Eines muß man den Brauereien zugestehen: eihisch hat ihr Vorgehen recht gut gewirkt. Die Abstinenz- und Temperanzbewegung hat einen neuen Anstoß erhalten und wird in der Öffentlichkeit mehr Unterstützung erhalten als bisher. Die Brauereien sind die besten Erzieher zur Mäßigkeit. Einerseits der hohe Bierpreis, andererseits das vielfach übliche unerhörte schlechte Einschenken — gegen das heute von den Behörden viel weniger (d. h. kein gar nichts) geschieht als früher, obgleich die finanzielle Auswirkung des betrügerischen Einschenkens eine ganz andere geworden ist; dies alles wirkt zusammen, daß die Propaganda der Abstinenzler und Temperanzler in Deutschland je länger je mehr auf guten Boden fallen muß.

Der Jörn muß groß sein, wenn man in Bayern die Abstinenzbewegung lobt. Es ist Krieg in Bayern! Diesmal allerdings nicht mit Nordwesten. Es werden auch keine Spione von Fremdmördern umgebracht. Es geht nur um die Maßkrüge.

Im Gegensatz zu der vom Spitzenverband der Brauereindustrie als Richtlinie empfohlenen Preissteigerung von 4 Mark pro Hektoliter Bier hat sich der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien entschlossen, nur eine Preissteigerung von 2 Mark pro Hektoliter ab 1. Januar eintreten zu lassen.

Der Bayerische Brauerbund hat seine anfängliche Absicht, ab 1. Januar das Liter Bier um 6 Pfg. zu erhöhen, unter dem Proteststurm der Bevölkerung ebenfalls aufgegeben und sich bereit erklärt, nur eine Erhöhung um 4 Pfg. pro Liter eintreten zu lassen.

Der zweite Frankfurter Kranz. Nachdem Bindschgrub wegen einer angeblich notwendigen Operation den Weg aus dem Zuchthaus in das äußerste Sanatorium Badepfers fand, hat sich auch bei Ungarns ehemaligem Landespolizeichef Radofsky eine Krankheit eingestellt, um derenwillen er das Zuchthaus mit dem Krankenhaus vertauschen muß.

Stahlhelmers gießen Blei.

Von Hans Bauer.

Das kleine Bleistück brüt in der Pfanne. Familie Stahlhelmer verfolgt verwundert den Schmelzprozeß.

Papa Stahlhelmer tippt jetzt den Bleiarei in ein Waschbecken hinein. Das Metall zischt Wasserdampf an die Stubendecke hinauf, gluckst im Schmelz über die grobe Behandlung ein paar winzige Läne heraus, beruhigt sich allmählich und liegt nun als hartgefotener Klumpen auf dem Waschbeckenboden.

Stahlhelmers gaffen neugierig das formlose Resultat an und bemühen sich, an dessen zackigen Spitzen ihr Kombinationstalent zu wehen.

Onkelchen vermutet „ein Schiff mit drei Masten und einem Rettungsboot an der Seite“, Papa wieder behauptet, er sehe „drei kniende Soldaten, die das Gewehr anlegen“, während Mama von „einem Korb mit drei Quasten“ muntelt und Frieda, das Töchterchen, nicht umhin kann, an „einen Panzer“ zu denken, „der zwei Franken ausbreitet und mit dem Schwanz wehelt“, was wieder Kasimir gar nicht findet, der „eine Landschaft mit drei aufragenden Telegraphenstangen“ erkennen will.

Papa Stahlhelmer hat den Klumpen inzwischen aus dem Wasser genommen und ihn auf den Serviertisch gelegt.

Eine lange Pause tritt ein, während der das Bleistück durch die diversen Hände wandert. Schweigen hält den traulichen Kreis umfangen. Die Uhrzeiger plätschern die Zeit dem neuen Jahr entgegen. Da bemerkt Onkelchen: „Wir sind uns eigentlich noch gar nicht im Klaren darüber, was wir denn aus dem Bleistück erleben wollen.“

Schweigen.

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Die anderen haben sehr nachstimmende Mienen aufgestülpt. Nach einer Weile piepst Frieda: „Aber das ist doch ganz selbstverständlich: die Zukunft natürlich soll uns das Bleistück prophezeien.“

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Onkelchen bemerkt schüchtern: „Aber welche denn?“

Frieda piepst: „Nun, überhaupt so.“

Alle sinnen wieder sehr angezogen nach. Dann glauben sie, damit zufrieden sein zu können.

Onkelchen erhebt nun seine ganze Raffigkeit vom Stuhl und führt aus, daß er sich nicht davon abbringen lassen könne, daß der Bleiguß ein dreimaßiges Schiff mit einem Rettungsboot an der Seite darstelle. Dann erhebt er die Stimme: „Wie die dreimaßigen Schiffe hinaussegeln . . . hinaussegeln in das Weite . . . so segeln auch wir mit geliebten Segeln einer neuen deutschen Weltgeltung entgegen . . . die uns wieder aufwärts führt aus der trostlosen Gegenwart, in die wir versunken sind . . . hinein in eine wehrhafte Zukunft, wo der deutsche Name wieder etwas gilt! Das prophezeit das Blei!“

leichtert werden. Dasselbe soll für Münzen geschehen. Ferner will das Amt ein Verzeichnis photographischer Sammlungen herstellen, das Photographieren von Kunstwerken, die noch nicht abgebildet sind, anregen und ihre Verbreitung auf dem Wege der Mikrophotographie erleichtern. Man will die Mittel und Wege studieren, um die Museen in der Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben zu unterstützen, durch Vorlesungen, Wanderausstellungen usw. Das Museumsamt wird eine Zeitschrift herausgeben. — Wie man sieht, ist das ein sehr weit gefasstes, aber noch sehr vages Programm, das jedoch, richtig angewandt, sicher manchen Nutzen bringen kann.

Die deutschen Fachärzte. Eine Statistik der Fachärzte Deutschlands im Jahre 1926, die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wurde, zeigt, daß von den mehr als 44 000 Ärzten rund 14 000 Fachärzte sind, also auf die Gesamtzahl 32 Proz. Spezialisten kommen. 5 Proz. aller Ärzte sind Dermatologen und Urologen, nämlich 2428. Ein solcher Spezialist kommt auf 26 000 Einwohner. Die 1688 Internisten und 1661 Nervenärzte und Psychiater machen je 3,7 Proz. der gesamten Ärzteszahl aus. Chirurgen gibt es 1536, Frauenärzte 1479, Ohren-, Nasen- und Halsärzte 1388, Augenärzte 1185, Kinderärzte 975, Chirurgen und Frauenärzte 570, Lungenärzte 409, Orthopäden 312, Magenärzte 239. Die Fachärzte konzentrieren sich fast durchweg auf die Groß- und Mittelstädte; nur Nervenärzte, Lungenärzte und Orthopäden gibt es auch in größerer Anzahl auf dem Lande, was hauptsächlich daraus zu erklären ist, daß diese Gruppen besonders zahlreich in nicht in den größeren Städten gelegenen Heilstätten vertreten sind.

Erkennführungen der Woche. Dienst. Theater d. Kommandantenstr. „Villa Bendorff“. Freit. Schiller-Theater: „Wallenstein Tod“. Sonnab. Theater am Kurfürstendamm: „Major Barbara“.

Urania-Vorträge. „Der Sohn der Berge“: 3. 6. (5, 7), 4. 3. 7. 9. (5, 9), 8. (5); Die versunkene Flotte: 3. (5), 4. 7. (7); Die Warendauspringer: 3. (7, 9), 4. 5. 7. (5, 7, 9), 6. 8. 9. (5, 9); Roberte Verkaufstank: 5. (7); Schwäche und vorzeitiges Altern: 6. (7); Filmkaufpieler und Filmkaufpielerinnen: 8. (7); Selbstmord und Sexualität: 8. (9); Sech Jahre praktische Altersbestimmung: 9. (7); Die Pilger der Wallfahrt: 8. 6. (9); Grundlagen der Starfotografie: 8. (7); Auf verborgenen Wegen durchs Ariengebirge: 8. (7).

Vollstübne. Im Theater am Säulensplatz findet am 4. Januar die 50. Aufführung von Leo Grelmers „Lysistrata“ (nach Aristophanes) in der Inszenierung von Fritz Holl mit Agnes Straub in der Titelrolle statt.

Im Rahmen der „Jahreschau Deutscher Arbeit, Dresden 1927“ veranstaltet der Bund Deutscher Berufsgraphiker e. V. eine Sonderausstellung unter dem Titel „Das Wasser als Träger künstlerischer Form“. Der B.D.B. die Landesorganisation der deutschen Berufsgraphiker und Buchgraphiker, gibt zum ersten Male einen umfassenden Ueberblick über das Gesamtschaffen der Berufsgraphiker. Die Ausstellung soll weiten Kreisen des Publikums die Tätigkeit des Künstler im Dienste der Wirtschaft in sinnvoller Form veranschaulichen.

Der Bildhauer Ettore Sottsass ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er hat in Italien zahlreiche Denkmäler ausgeführt, darunter das für Garibaldi in Rom, und sich auch im Ausland einen Namen gemacht.

Erwerbslose, Arbeiter, Angestellte.

Die Regelung der Zulagen in den Ländern.

Die Bewilligung der Notzulagen für die Reichsbeamten hat zu verschiedenen Vorgängen geführt und manche Probleme berührt, die ernstlicher Beachtung wert sind. Es handelt sich um den Zusammenhang zwischen der Beamtenbesoldung, der Entlohnung der Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Fürsorge für die Erwerbslosen.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags wurden die Reichsbeamten in die Notzulagen für die Reichsbeamten mit einbezogen. Auch die Erwerbslosen sind auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion berücksichtigt worden. Gegen den Willen der Fraktion wurden auch die Beamten der Besoldungsgruppen VII bis einschließlich XII bedacht, und zwar stärker bedacht als die Beamten der Gruppen I bis VI.

Verschiedene Länder haben eine abweichende Regelung getroffen. So hat Baden den besonderen Frauenzuschlag nicht gezahlt, sondern dafür den Erwerbslosen zu der Reichsunterstützung eine besondere Zulage gegeben. Dagegen stimmen alle die Kommunisten! Hessen hat die Notzulagen auf die Beamten der Gruppen I bis VI beschränkt. Bayern hat zwar die Maßnahme für das Reich übernommen, aber vom Reichsfinanzminister kategorisch die Erstattung der Zulagen in Höhe von 4 Millionen Reichsmark verweigert. Und in Mecklenburg sind den Beamten der Gruppen VII bis XII lediglich die Frauen- und Kinderzuschläge gezahlt worden.

Man ist es gewiß unerwünscht, daß die Beamten des Reichs und der Länder unterschiedlich bedacht werden, nachdem sich die grundsätzliche gleiche Behandlung einmal eingeschärft hat. Doch darf nicht übersehen werden, daß eine ganze Reihe von Ländern ihren Beamten erhebliche Bevorzugungen vor den Reichsbeamten sowohl vor Schaffung des Besoldungssperregesetzes als auch nach seiner Aufhebung zugesprochen haben. Eine völlige Gleichstellung wird undurchführbar sein, solange die Länder existieren.

Wenn jetzt nicht alle Länder ebenso wie das Reich vorgegangen sind, so geschah dies aus finanzieller Not und weil noch andere Menschen da sind, die noch größeren Elend leiden als die Beamten. Dafür stellen die Beamten Verständnis haben. Mit einer grundsätzlichen unterschiedlichen Behandlung bei der kommenden Neuordnung der Besoldung hat diese einmalige Notzulagen nichts zu tun, auch wenn sie als Teil der Besoldung anzusprechen ist.

In Mecklenburg ist nun diese anderweitige Regelung der Notzulagen der Anlaß zu einem Sturm auf die Linksregierung geworden. Die im Mecklenburgischen Beamtenbund (Mitglied des Deutschen Beamtenbundes) organisierten Beamten der Gruppen VII und darüber und der Bund der höheren Beamten haben gegen die Linksregierung eine heftige Agitation entfaltet. Beauftragte dieser Beamtenbünde reisten im Lande umher und hielten in Versammlungen, die vom „Mecklenburgischen Beamtenbund“, „Deutschen Beamtenbund“ und dem Landesverband des Reichsbundes der höheren Beamten“ einberufen waren, Protestreden. Das Motto der Versammlungen war: „Das Haus brennt!“ Man forderte die Reichsregelung und sprach von „Antastung des Berechtigungsgefühls“.

Es gibt auch andere Beamte. So hat eine Landeskonferenz der sozialistischen Beamten Badens die Maßnahmen der badischen Regierung mit allen gegen eine Stimme ganz ausdrücklich gebilligt. Diese eine Stimme war die des Geschäftsführers des Deutschen Beamtenbundes in Baden.

In Mecklenburg ging der Ruf der Beamten nach Einberufung des Landtages, der, darüber konnte sich kein Mensch im unklaren sein, eine andere Regelung der Notzulagen beschließen und dadurch die republikanische Linksregierung kürzen sollte! Die Deutschnationalen und die Deutsch-Volksparteiler haben diesen Ruf nur zu gerne aufgegriffen. Der Landtag hat getagt, und — die Regierung ist nicht gestürzt. Es verbleibt bei ihrer Maßnahme.

Es ist richtig, daß eine Beamtenbesoldung nicht Erwerbslosenfragen zur Grundlage haben kann. Ebenso wie bei Tarifverhandlungen im Privatbetrieb muß für die Bemessung der Entlohnung des Beamten, auch dessen Leistung maßgebend sein. Grundsätzlich ist es aber, wenn der Deutsche Beamtenbund in seinem Organ erklärt, „daß die Frage der Sozialrentner und die Erwerbslosenfrage mit der Beamtenbesoldung nichts zu tun haben“. O ja, diese Fragen haben mit der Beamtenbesoldung erheblich zu tun, wie die Vorgänge bei der Notzulagenbewilligung bewiesen haben. Denn so sehr auch die Leistung des Beamten bei der Bemessung der Besoldung berücksichtigt werden muß,

die Beamtenbesoldung findet ihre natürliche Grenze an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reichs und seiner Pflicht, nicht Millionen von Volksgenossen verhungern und verkommen zu lassen.

Solange öffentliche Mittel zur Linderung der unjagbaren Not der Erwerbslosen, der Klein- und Sozialrentner in Anspruch genommen werden müssen, wird und kann es nichts anderes geben, als daß auch bei der Bereitstellung von Mitteln für die Besoldung der Beamten hierauf Rücksicht genommen werden muß. Kein Finanzminister, ganz gleich, von wo er kommt, würde anders handeln können; er würde, wenn er es nicht wollte, vom Reichstag dazu gezwungen werden.

Wenn der Deutsche Beamtenbund glaubt, daß — nach seinem Organ — bei einer Behandlung des Besoldungsproblems die erste Frage niemals lauten darf: „welche Mittel stehen für eine Erhöhung der Beamtenbezüge zur Verfügung“, und wenn ein Redner des Deutschen Beamtenbundes in Mecklenburg sagte: „Die Erklärung, es ist kein Geld da, kann bei uns nicht mehr verlangt“, so zeigen diese Äußerungen von einem solchen Mangel an staatspolitischer und sozialer Einsicht, daß man darüber nur den Kopf schütteln kann. Die Deutungsfrage ist mit solchen Redensarten nicht gelöst.

Ein weiterer grundlegender Irrtum ist es, anzunehmen, daß eine Trennung der Frage der Beamtenbesoldung von der Frage der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten möglich sei. Wer diese Trennung fordert in der Hoffnung, dabei eine bessere Besoldung der Beamten zu erreichen, übersieht, daß die Arbeiter und Angestellten bei gleicher Dienstleistung selbstverständlich den Anspruch auf die gleiche Entlohnung haben wie die Beamten. Auch ist es gar nicht zu vermeiden, daß zwischen der Besoldung der Beamten und der Entlohnung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und in den privaten Betrieben Vergleich gezogen werden. Dies ist immer gemacht worden, auch schon unter dem Kaiserreich. Es muß ja schließlich eine Basis gefunden werden, auf die die Besoldungsstufe aufgebaut werden kann. Dies geschieht eben durch das Vergleichende. Auch hieran kommt kein Finanzminister vorbei, ganz gleich, von wo er her ist. Oder, der Reichstag und die Gewerkschaften aller Richtungen würden ihn dazu zwingen.

Mit einer „unpolitischen“ Beamenschaft — der heftigste Wunsch der Deutschnationalen —, die sich unter dem Deckmantel angeblicher Neutralität von Drahtziehern der Rechten gegen linksgerichtete Kabinette misbrauchen läßt, ist der Republik nicht gedient. Ebenso wenig können die breiten Massen der republikanisch geminteten Arbeiter und Angestellten einer Beamenschaft gewogen sein, die auf sie um egoistischer Ziele willen keine Rücksicht nimmt, und nur dann geneigt ist mit ihnen zu marschieren, wenn dies den Beamten zum Vorteil gereicht. Wo der Feind der Beamten sitzt, haben sie in den letzten Jahren zur Genüge erfahren und es tausendmal in ihren Hochzeitschriften ausgesprochen. Das sind die großkapitalistischen Wirtschaftskreise! Sie sind der gemeinsame Feind der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Willy Steinkopf, Oberpostinspektor.

Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

Nach der Verbindlichkeitsklärung.

Die Textilarbeiter haben in den letzten Wochen in Thüringen, Sachsen, im Rheinland und in der Provinz Lohnkämpfe durchgeführt, in denen große Arbeitermassen in Bewegung waren und die Frage erstand, ob nicht durch Gewaltmaßnahmen der Unternehmer große Teile der Textilarbeiter zum Stillstand gebracht werden. In Thüringen waren bereits 26000 Textilarbeiter durch die Unternehmer ausgesperrt worden, obwohl das Enligungsverfahren noch nicht zum Abschluß gebracht worden war. In Sachsen kamen über 20000 Textilarbeiter in Betracht, die, wenn es hart auf hart ging, auf die Straße gekommen wären.

Was war die Ursache dieser gewaltigen Lohnkämpfe? In Thüringen sowie in Sachsen waren noch die Löhne, die im August 1925 durch Schiedspruch festgelegt worden waren, in Geltung. Diese Schiedsprüche hatten damals schon starken Widerspruch bei der Arbeiterschaft gefunden, weil sie nur eine minimale Lohnaufbesserung für die Zeitlöhne brachten, und die Arbeiter, ungefähr 60 bis 70 Proz. der Arbeiterschaft, leer ausgingen. Die Arbeiterschaft nahm damals mit großem Widerwillen die Schiedsprüche an, in der Hoffnung, sie bald durch eine Neuordnung corrigieren zu können. Diese Hoffnung ging leider nicht in Erfüllung, da die kurz nach Weihnachten 1925 einsetzende Krise jede Aussicht auf eine günstige Durchführung einer Lohnbewegung illusorisch machte. In Thüringen war der Tarif seit Februar 1926 abgelaufen und kein neuer wieder zum Abschluß gekommen. In Sachsen galten die Löhne vom August 1925. Die Arbeiterschaft war also gezwungen, über ein Jahr zu außerordentlich niedrigen Löhnen zu arbeiten, die in der Spitze 53 bis 54 Pfg. pro Stunde betragen, wozu noch 10 bis 20 Proz. Akkordzuschlag hinzukam. In dieser Zeitspanne sind die Lebensmittel und Mieten stark gestiegen. Es ist deshalb verständlich, daß die Arbeiterschaft bestrebt war, durch höhere Löhne einen Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung herbeizuführen. Beachtung verdient dabei noch, daß die Arbeiter durch Einführung neuer Maschinen zum Teil beträchtlich mehr leisten müssen als vor Abschluß der Lohnkarte vom August 1925. Angesichts dieser Tatsachen war das Verhalten der Unternehmer, die jede Lohnaufbesserung ablehnten, um so unverständlicher. Die Unternehmer haben eben wieder einmal der Welt gezeigt, daß ihnen jede Lohnaufbesserung, und wenn sie noch so berechtigt ist, abgelehnt werden muß.

Das Ergebnis der Schiedsprüche, die durch die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium den Arbeitsfrieden zwischen den streikenden Parteien hergestellt haben und die eine Lohnaufbesserung von 6 bzw. 6½ Proz. vorsehen, wird in keiner Weise den Ansprüchen der Arbeiterschaft gerecht; schon nicht im Hinblick auf die Löhne, die in anderen Industriezweigen gezahlt werden und die ebenfalls unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft festgelegt werden sind. Wenn für die Höhe des Lohnes die Verhältnisse der Gesamtwirtschaft maßgebend sein sollen, dann müßten die Löhne der Textilarbeiter wesentlich höher stehen. Denn die Textilindustrie gehörte in den letzten Jahren zu den Industrien, die die günstigsten Gewinne abgeworfen haben.

Leider ist von den Schlichtungsbehörden diese Tatsache nicht genügend beachtet worden. In der Textilindustrie wurden in den ersten Nachkriegsjahren Löhne gezahlt, die sich von denen in anderen Industrien kaum unterscheiden. Erst bei der Kartellabklärung trübten die Löhne zurück. Die Schlichtungsbehörden haben vielfach der Textilarbeiter nicht nur die Löhne, sondern auch den Arbeitsstandtag verflümmert.

Die Zwölfstundenschicht verbindlich.

Aber nicht die Unterfuchung auf Beseitigung.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir bereits die Hoffmedung veröffentlicht, wonach der Schiedspruch für den Mitteldeutschen Braunkohlenergbau vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Diese Meldung ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, irreführend. Der Reichsarbeitsminister hat nur einen Teil des Schiedspruches für verbindlich erklärt und zwar den zweiten Teil, der mit ganz geringfügigen Abänderungen die bisher geltende Arbeitszeit bis zum 1. April aufrecht erhält.

Den ersten Teil des Schiedspruches, der ausdrücklich ausspricht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit erwünscht ist und schließlich, daß eine Kommission einzusetzen ist, die bis zum 15. März 1927 Bericht zu erstatten hat und die technischen Möglichkeiten über die Verkürzung der Arbeitszeit untersuchen soll, diesen Teil des Schiedspruches hat der Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt.

Hier ist zunächst die Frage zu stellen, ob eine derartige Verbindlichkeitsklärung, die willkürlich einen Teil des Schiedspruches wegläßt, rechtlich überhaupt zulässig ist. Aber ganz abgesehen von der juristischen Frage, ist es sehr bezeichnend für die Haltung, die heute noch im Reichsarbeitsministerium über den Achtstundentag herrscht, daß der Reichsarbeitsminister den traurigen Mut gefunden hat, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, der die Arbeiterschaft zwingt, zwölf Stunden zu arbeiten und ihnen die Möglichkeit nimmt, sich gegen diese Sklaverei zur Wehr zu setzen.

Gewiß kommt die „Rote Fahne“ hier dem Reichsarbeitsminister insofern zu Hilfe, daß sie erklärt, die Gewerkschaften hätten durchaus die Möglichkeit, einen Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch zu führen. Das kann das Volkswissenschaftler seinen Lesern erzählen. Der Reichsarbeitsminister und die Gerichte wissen es besser. Die Gewerkschaften haben weder die Möglichkeit, bei einem für verbindlich erklärten Schiedspruch ihre Mitglieder zu unterstützen, noch sonst irgendwelche Kampfmaßnahmen zu treffen. Wenn eine Gewerkschaft ihre Mitglieder auch nur auffordert, die Arbeit niederzulegen, um die Erfüllung des Schiedspruches zu verhindern, so würde das jedem Gericht vollkommen genügen, um die Gewerkschaft für den den Unternehmern entstandenen Schaden haftpflichtig zu machen.

Gewiß kann keine Verbindlichkeitsklärung die Arbeiter behindern, nach achtstündiger Arbeitszeit ihre Arbeitsstätten zu verlassen. Die Folge würde aber zweifellos die Entlassung dieser Arbeiter sein. Es würde zu einem Kampf kommen, bei dem der Gewerkschaft die Hände gebunden wären und die Arbeiter ohne den Rückhalt der Organisation dastehen würden. Wie ein solcher Kampf ausgehen muß, liegt auf der Hand. Der „Rote Fahne“ mag ein solcher Ausgang höchst gleichgültig sein. Die APD. operiert so mit Bornliebe mit den „revolutionären Unorganisierten“. Das ist das richtige Menschenmaterial für Moskau.

Wir aber, die wir nur Vertrauen haben in den organisierten Kampf der Arbeiterschaft, erheben den schärfsten Protest gegen die Parteinahme des Reichsarbeitsministers, der einen Schiedspruch für verbindlich erklärt, der die jetzt gültige Arbeitszeit um weitere drei Monate verlängert, von dem Schiedspruch aber gerade den Teil ausnimmt, der die Verkürzung dieser Arbeitszeit in den Bereich der Möglichkeit zieht.

Handwerkskammer und Handwerksjammer.

Reaktionäre Umtriebe.

Vor kurzem ging durch die reaktionäre Presse eine denunziatorische Notiz gegen ein „Lesebuch für junge Handwerker“, das von der badischen Handwerkskammer herausgegeben wurde und angeblich lehrerliche Ansichten gegen die Götzen der Reaktion enthalte. Diese Notiz verursachte Aufregung bei allen, die das „Handwerk“ am liebsten in die Zeiten eines Hans Sachs zurückschrauben möchten. Wie sie auf die bloße Andeutung, es könnte einer ein Republikaner werden, reagieren, zeigt folgendes Rundschreiben der Harburger Handwerkskammer, das ans auf den Redaktionsstisch liegt:

Harburg, den 15. Dezember 1926.

Handwerkskammer zu Harburg
Zgb. Nr. 1 16674. Rundschreiben Nr. 191.

An die Handwerksämter im Kammerbezirk
und an die
Kreis-Handwerkerbünde in Bevensen und Harburg.

In Nr. 576 der „Berliner Börsenzeitung“ vom 10. d. M. befindet sich ein Artikel über die „Moderne Geschichtsschreibung“, in dem gegen das angeblich von einer süddeutschen Handwerkskammer herausgegebene Lesebuch für junge Handwerker polemisiert wird. Es wird in diesem Artikel der schwerwiegende Vorwurf erhoben, daß diese Handwerkskammer den Sozialisierungsge danken in ihrem Schrifttum vertritt, und damit in Widerspruch mit der Wirtschaftseinstellung gerät, die sie grundsätzlich haben sollte. Wir haben die Richtigkeit dieser Ausführungen geprüft und konnten feststellen, daß dieses Lesebuch für junge Handwerker im Auftrage des badischen Handwerkskammertages von dessen Geschäftsführer Herrn Karl Hauser herausgegeben worden ist. Die von der „Berliner Börsenzeitung“ gemachten Mitteilungen entsprechen leider der Wahrheit.

Von Friedrich dem Großen wird grundsätzlich nur als Friedrich dem Zweiten gesprochen, der gern feidene Kleider trägt und Weibergeschichten hat. Sein Vater, Friedrich I., ist ein König, dessen Politik den Horizont eines Kleinbürgers hat. Bismarck wird als ein Mann dargestellt, der in jeder Hinsicht Autodidakt ist. Es werden bei der Schilderung seiner Persönlichkeit folgende Worte geprägt: „Nur mit dem Kabinettsschreiber in der Hand, d. h. der Drohung, seine Entlassung zu fordern, ringt er dem König, der wie Bismarck einmal im vertrauten Gespräch sagt, die politischen Ansichten eines Quartaners hat, notwendige Entschlüsse ab. Der Heldentatler ist alles andere als ein Heldentatler. In den größten Situationen reines Herrschertums läßt er seinen Konzler im Stich, in Potsdam, als Bismarck die Demütigung Oesterreichs verhindert, im Spiegel-

saal von Versailles, als der Kaiser den Mann, dem er alles zu verdanken hat auf provokanteste Weise schneidet, weil er mit dem Titel „Deutscher Kaiser“ nicht zufrieden ist.

Demgegenüber wird dem verstorbenen

Reichspräsidenten Friedrich Ebert

ein uneingeschränktes Lob für seine Persönlichkeit, seinen Charakter und seine Taten zuteil. Hier findet man u. a. folgenden Satz: „Bevor das Volk noch für ihn sprechen kann, greift der Tod nach ihm, er muß sich operieren lassen, der Körper ist nicht mehr widerstandsfähig. Am 26. Februar 1925 verläßt er diese Erde und nun geschieht etwas ganz Großes, der Planet hält für einen Augenblick den Atem an, Deutschland schließt, bis auf die, die niemals eine Leistung an sich zu ehren verstehen werden, was es an diesem Mann verlor hat und das Ausland bekräftigt es Deutschland, indem es diesem Sailer das beste nachruft, was ohne jeden diplomatischen und zeremoniellen Zwang jemals einem Politiker über das Grab nachgerufen worden ist.“

Bei näherer Durchsicht des Abschnittes „Um Deutschlands Schicksal“, worunter acht kleine Bildnisse deutscher Männer gegeben werden, wird man zu der klaren Erkenntnis gelangen, daß die Handwerkerjugend durch diese Schilderung im politischen Sinne beeinflusst werden soll.

Wir warnen daher dringend vor dem Ankauf dieses Buches und sind sofort an den deutschen Handwerks- und Gewerkskammertag heranzutreten, damit durch diesen eine entsprechende Erwiderung an die „Berliner Börsenzeitung“ gerichtet wird. Sofern der Kammertag unserer Bitte nicht nachgibt, werden wir von uns aus an die Schriftleitung der „Berliner Börsenzeitung“ herantreten, um in aller Deffentlichkeit darzutun, daß wir uns mit dem Inhalt des recht fragwürdigen Buches nicht einverstanden erklären können.

Handwerkskammer zu Harburg

W. Lampe, Präsident. Stadler, Syndikus.

Von „Sozialisierung“ ist in dem langen Geheimschreiben der Harburger nun beim besten Willen nichts zu spüren. Aber daß in einem Lesebuch für junge Handwerker in einer Republik die Wahrheit über monarchistische Halbgötter gesagt wird, bringt den Kalk zum Sieden. Und gar, daß in einem solchen Lesebuch über einen aus dem Handwerkerberuf hervorgegangenen großen Politiker, wie Ebert, lobendes gesagt wird, ist für die Leute von gestern revolutionäre Tat. Deshalb warnen sie vor einem Buch, das eine ihrer verwandten Berufsorganisationen amtlich herausgegeben hat.

Kleingeisterei in amtlichem Gewande! Und der preussische Staat zahlt den Handwerkskammern mit solchen Ansichten, wie der Harburger, kräftige Unterstützungsummen!

Die Berliner Ausgabe der "Tribüne", die in höheren Kreisen...

Wie steht aber diese angebliche Widerlegung, die die "Rote Fahne" bringt...

Wir haben behauptet, daß es sich um einen Kommunisten handelt...

seiner letzten Tätigkeit trat er als Kommunist auf. Solche Leute bezeichnet man eben als Kommunisten...

Dah ein Kommunist, ein Leiter des "Kämpfer", sich dazu hergeben konnte...

Macdonald über das Ergebnis des letzten Jahres.

London, 30. Dezember. (Ill.) In der letzten Nummer des "Forward" beschäftigt sich Ramsay Macdonald mit den Ereignissen des Jahres 1926.

England hatte seine inkompetenten Führer dulden. Nicht auf die Niederlage, sondern auf die Art der Niederlage.

Die Arbeitsmarktlage in Frankreich.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Einer Umfrage der CGT bei den Gewerkschaften zufolge zählt man in der französischen Textilindustrie gegenwärtig rund 30 000 und in der Bauindustrie rund 10 000 Arbeitslose.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyser; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Beckmann; Kultur: R. G. Fischer; Zitate und Sonstiges: F. H. Kersch; Anzeigen: Th. Glade; Familien in Berlin, Verlag: Buchverlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Buchverlag-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 1. Stock, 1. Etage.

INVENTUR AUSSERWAUF

Wenig mit dem Oldman, Platz für Jünios!

Table with multiple columns listing various goods and their prices, including silks, fabrics, clothing, and household items.



Joseph, Beginn am 3. Januar 1927, Die Preise sind teils um 50% herabgesetzt, In 15 Schaufenstern Ausstellung nur guter Qualitätswaren.

Das Volksnahrungsmittel



für 60 Pfennig die große Portion
ist der bei uns
gebäckene Seefisch

Erhältlich in und außer dem Hause in unseren Verkaufsstellen:

- Bergmannstr. 109** Ecke Belle-Alliance-Straße
- Brückenstraße 1a** Ecke Köpenicker Straße
- Mittelstraße 64/65** Ecke Charlottenstraße
- Kaiser-Allee 98** Ecke Rheinstraße

Erste Berliner Fischbackstuben
Ges. m. b. H.

Möbel
Speise-
Stuhl-
Schlaf-
Zimmer,
bekannt gut
und billig.

Neugebäude
CHARLOTTEBURG
Wilmerstraße 10, 11
Ecke Schiller-Str.
Alte Läden

*Besichtigung die mein
reichthaltiger Lage*

Mal- u. Zeichen-
Bedarf

L. Juergens
Alexanderplatz



Mein Inventur- Ausverkauf

wieder eine Sensation!

Die Preise für gute Konfektion eigener Herstellung sind rücksichtslos ermäßigt!
Nutzen Sie die Gelegenheit!

- | | | |
|--|---|---|
| Anzüge moderne Formen
früher bis 32.- 38.- 44.- 49.-
jetzt 23.- 26.- 29.- 36.- | Paletots auch Rockform
früher bis 49.- 57.- 63.- 78.-
jetzt 36.- 45.- 52.- 60.- | Pullover
jetzt 6.- 8.- 10.- 12.- |
| Anzüge viele dunkle Farben
früher bis 58.- 68.- 83.- 110.-
jetzt 45.- 55.- 65.- 75.- | Sommer-Mäntel auch Paletots
früher bis 37.- 45.- 63.- 85.-
jetzt 28.- 32.- 40.- 59.- | Socken
jetzt 46 75 95 P. 1.20 |
| Anzüge blau Cheviot und Kammergarn
früher bis 48.- 59.- 68.- 87.-
jetzt 36.- 53.- 61.- 78.- | Gummi-Mäntel mit Stahlbesatz
früher bis 13.90 16.- 22.- 30.-
jetzt 9.90 13.90 17.90 22.- | Knabenanzüge blau und farbig
jetzt 4.50 5.90 7.- 9.50 |
| Anzüge schwarz Melton mit und ohne Besatz
früher bis 54.- 63.- 72.- 89.-
jetzt 44.- 53.- 58.- 72.- | Loden-Mäntel , bayr. Fabrikat
früher bis 18.- 25.- 30.- 33.-
jetzt 14.90 19.90 24.- 28.- | Knaben-Sport-Anzüge für 9 bis 14 Jahre
jetzt 9.- 15.- 18.- 24.- |
| Smoking-Anzüge schwarz Melton u. Tuchkammergarn
früher bis 65.- 78.- 95.- 110.-
jetzt 53.- 68.- 78.- 85.- | Winter-Joppen meist warmgefüllt
früher bis 13.- 18.- 25.- 30.-
jetzt 10.90 14.90 19.- 24.- | Knaben-Ulster
jetzt 6.90 8.90 10.- 12.- |
| Sport-Anzüge mit 1 oder 2 Hosenn
früher bis 38.- 43.- 60.- 75.-
jetzt 28.- 36.- 48.- 60.- | Windjacken
früher bis 9.90 14.50 20.- 30.-
jetzt 7.90 11.90 16.- 24.- | Knaben-Pyjacks
jetzt 5.90 7.90 9.90 13.- |
| Jünglings-Anzüge Sakko- und Sportklassen
früher bis 28.- 35.- 45.- 60.-
jetzt 22.- 28.- 36.- 48.- | Beinkleider gestr. u. Broches
früher bis 8.- 8.- 10.- 15.-
jetzt 3.90 6.- 8.- 11.- | Knaben-Wasch-Anzüge
jetzt 2.90 3.90 4.- 5.- |
| Ulster mit Rückenkurt
früher bis 37.- 48.- 57.- 63.-
jetzt 28.- 36.- 45.- 52.- | Oberhemden Zephe- und Tricot-Elmants
jetzt 3.90 4.90 6.90 8.90 | Knaben-Westen Trikot und Welle
jetzt 2.90 3.90 4.- 5.- |
| Ulster viele dunkle Muster
früher bis 75.- 85.- 95.- 140.-
jetzt 60.- 68.- 76.- 88.- | Krawatten moderne Muster
jetzt 45 65 95 P. 1.20 | Sonder-Angebot Anzug
für jede Figur in Konfektions-
verarbeitung
60.- 75.- |
| | Hüte neue Formen
jetzt 3.90 4.90 5.90 6.90 | |
| | Mützen
jetzt 45 95 P. 1.20 1.90 | |

Beginn
3. JAN.

Preise bis
50%
ermäßigt

Gottlieb **Weiss** Geogr. 1892

SCHONEBERG Hauptstraße 161

BRAUSTUBL
Belle - Alliance - Platz 6a
Inh. Richard Sprang

Große Silvesterfeier

Bötzow-Ausschank
Kalte und warme Speisen bei äußerst soliden Preisen

Kinderland 1927

Preis 1,25 Reichsmark

Zu haben in allen Vorwärts-abgabestellen, in der Buchhandlung J. S. W. Dieck und in der

Vorwärts-Buchdruckerei, G.W.
Lindenstraße 3

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verh. vor. Baubetriebe Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6516
Filiale Westen, Wilmerdorf Landhausstr. 4. Tel.: Platzburg 9831

Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Königstadt 340

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausrüht, sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Winter-Stiefel

zuverlässig, unermüdlich nur bei **H. Bähr**

Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke

Illust. sozialdemokratischer Adresskalender 1927

Preis 2,- Reichsmark

Zu haben in allen Vorwärts-abgabestellen, in der Buchhandl. J. S. W. Dieck und in der

Vorwärts-Buchdruckerei, G.W.
Lindenstraße 3

Reederei Kieck
Hilfskaminstr. 49, Moritzplatz 8197

Ab Oberbaumbrücke
Am Neujahrstage sowie Sonntag, den 2. Januar 1927 und weiter jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag: **2 Uhr mittags reizvolle Winterfahrten**

Neu-Heigoland
Dortselbst: **KONZERT und TANZ!**

Fahrt: Hin und zurück: 1,-
Stark - Sonntags 1.50 Mark - Kinder die Hälfte.

Dr. Bernard's Buchenerwein

seinerzeit geschützt - seit länger als 60 Jahren als Verdauungsmittel erprobt und bewährt bei:

Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh, Asthma, Magen- und Darmstörungen

Originalflasche M. 2.50 Fünft Flaschen (eine Kar) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.

Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apothek, Berlin SW 19, Kurstr. 31, Spittelmarkt - Gegründet 1851

Bestandteile: Dest. lat. des Buchenters 16, A. kohol 21, C. zian 4 8, P. pomeranzschale 4 8, Weißw. 1.50. S. up 4 8 p

Geogr. 1891.

Unt. Garantie für schönsten u. preiswertesten **annen- und Stepp-Decken**

haben Sie bestens abgeben

Bernhard Streckmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72 (Untergrundbahn Anhalterstraße)

Nieder: Spittelmarkt, Ecke Spandauer, und W. Nitzschburger Platz 2, Ecke Trautenaue

Metal-Verkleiden u. Kulligemalereien.

N. Wallstr. 21-22 und W. Nitzschburger Platz 2.

Reparatur jed. Art - Qualität, Preiswertigkeit garantiert

Verlangen Sie **LORENZ-RUNDFUNK-GERÄTE**

in den einschlägigen Geschäften

Ein neues Ereignis!!!

SCHUHE

Wir sind zum Inventur-Ausverkauf gerüstet!

Unsere Preise beweisen es!

Hier nur drei Beispiele:

Herrenstiefel für Damen für Kinder
von **6.50** von **95** P. von **65** P.

Lewkowitz

Gr. Frankfurter Str. 131 Andreasstr. 67 Prinzenstr. 79 Frankfurter Allee 51

am Rose-Theater an der Langestraße am Moritzplatz Ecke Niederwallstraße

und der Deka-Schuh, Frankfurter Allee 59, an der Mainzer Straße